



An die Vorsitzende des
Jugendhilfeausschusses
Frau Anja Ihme

Geschäftsstelle
Rathaus I, Zimmer 014
Schillerplatz 7
58636 Iserlohn

Telefon: 023 71/217 - 10 80
Telefax: 023 71/217 - 10 82
spd@iserlohn.de
www.spd-iserlohn.de

6. Mai 2021

Antrag an den Jugendhilfeausschuss

Sehr geehrte Frau Ihme,

namens der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Iserlohn bitte ich um Aufnahme des folgenden Tagesordnungspunktes in die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses:

Anteilige Aussetzung der Elternbeiträge und städtischen Verpflegungsentgelte während des eingeschränkten Pandemiebetriebes in der Kindertagesbetreuung zur Eindämmung des Corona-Virus

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt während des weiteren eingeschränkten Pandemiebetriebes

- A. die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege um 50 v. H. zu reduzieren,
- B. die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten in der Offenen Ganztagschule und Schule von 8 bis 13 Uhr (außerschulisches Angebot) um 50 v. H. zu reduzieren,
- C. sowie im Falle einer weiteren 50-prozentigen Kostenübernahme des Landes die Erhebung für die betreffenden Monate vollständig auszusetzen,
- D. die Erhebung von Verpflegungspauschalen für die Inanspruchnahme von Angeboten in städtischen Kindertageseinrichtungen und Offenen Ganztagschulen auszusetzen.

Begründung:

Der Haupt- und Personalausschuss hat in seiner Sitzung am 26. Januar 2021 stellvertretend für den Rat den grundsätzlichen Beschluss gefasst, die Eltern für die Inanspruchnahme von Angeboten der Kindertageseinrichtungen, der Kindertagespflege und des Offenen Ganztags entlasten zu wollen. Es ergibt wenig Sinn zwingend auf weitere Signale des Landes zu warten, wenn wir ohnehin bereit sind die Kosten zu tragen. Dem politischen Druck, den die kommunalen Spitzenverbände weiterhin ausüben, tut das keinen Abbruch, sondern sendet viel mehr ein Signal der auch zukünftig bestehenden Notwendigkeit der Landesbeteiligung von 50 % der Kosten.



Aus unserer Sicht ist es unzweideutig Aufgabe des Landes, die Kommunen nicht allein auf den Kosten der Kinderbetreuung sitzen zu lassen. Nur zaghaft hat die schwarz-gelbe Landesregierungen auf die Forderungen der kommunalen Spitzenverbände reagiert und die Kosten für die Monate Januar, Mai und Juni 2021 hälftig übernommen.

Iserlohn will die Familien in unserer Stadt entlasten. Das ist auch mit einem bedingungslosen 50-prozentigen Erlass der anfallenden Gebühren gegeben, den die Stadt jederzeit trüge, wenn das Land sich beteiligen würde. Wir schließen uns der Forderung des Städtetags NRW an, dass das Engagement des Landes weiterhin zu kurz greift. Aufrecht bleibt die Forderung an die Landesregierung sich an den auszusetzenden Elternbeiträge zu beteiligen, solange die Pandemielage besteht.

Aufgrund der Kurzfristigkeit der Entscheidung aus Düsseldorf und der deswegen erst spät eingegangenen Drucksache der Stadtverwaltung am Montag ist mit Blick auf den Sitzungstermin des Rates der alternative Beschlussvorschlag einigen Fraktionen zu kurzfristig eingegangen. Wir möchten nun die Gelegenheit nutzen, die Thematik mit Vorbereitung der Verwaltung und Vorbereitungsmöglichkeit in den Fraktionen im Jugendhilfeausschuss als zuständiges Fachgremium und schließlich im Rat am 29. Juni 2021 zu beraten.

Mit freundlichen Grüßen

Rm. Monika Stockmann

Verteiler: Bm. Joithe, andere Fraktionen, Presse, 10/1, 10/3